

## **Die Reaktionen**

COURAGE: "Eingetragene Partnerschaft unverzichtbar"

Utl.: Der SPÖ-Gesetzentwurf findet breite Zustimmung in der schwullesbischen Community

"Alle politisch relevanten schwul-lesbischen Initiativen haben unser beschlussfertiges Gesetz sehr positiv aufgenommen, freut sich SoHo-Bundesvorsitzender Günter Tolar über die vielen Reaktionen: "Und ganz besonders wichtig sind uns auch die konstruktiven kritischen Anmerkungen, die unsere Haltung bestärken: Mit der "Eingetragenen Partnerschaft" und der Gleichstellung lesbischer und schwuler Paare im geltenden Recht ist es noch nicht getan! Zusätzlich bedarf es einer Reform des gesamten Ehe- und Familienrechts, aber mit den homosexuellen MitbürgerInnen als gleichberechtigte DiskussionspartnerInnen!"

Positiv bewertet wurde bundesweit die Tatsache, dass durch den SPÖ-Gesetzentwurf endlich nicht nur vage Forderungen an die Bundesregierung auf dem Tisch liegen, welche die Regierungsmehrheit im Nationalrat in irgendeinen Unter-Unter-Unterausschuss verschimmeln lässt, sondern ein vollständig ausformuliertes Gesetz, das sich an den konkreten Erfahrungen der europäischen Länder mit "Eingetragener Partnerschaft" orientiert.

"Mit wenigen Einschränkungen ist dies der bisher am weitesten gediehene Vorschlag zu diesem Thema. ... In fast allen Rechtsbereichen sollen danach gleichgeschlechtliche Paare heterosexuellen Paaren gleichgestellt sein. Einzig ausgenommen sind die Fremdkindadoption und die Verwendung des Ehebegriffs," bringt die **HOSI Salzburg** den Inhalt auf den Punkt.

**NRAbg. Ulrike Lunacek** zeigte sich erfreut, dass die SPÖ "ihr Modell für eine Gleichstellung von lesbischen und schwulen Partnerschaften konkretisiert", forderte die ÖVP auf, "endlich ihre Blockade aufgeben und eine Abstimmung im Parlament zulassen". Der steirische Landtagsklubobmann **Christopher Drexler** - in der ÖVP ein einsamer Rufer in der Wüste, was die Rechte von Lesben und Schwule betrifft -, zeigte sich vom SPÖ-Impuls "begeistert" und lobte den SPÖ-Gesetzesentwurf als "äußerst solide Verhandlungsgrundlage".

### **Solide Verhandlungsgrundlage**

"Der SPÖ-Gesetzesentwurf trägt den Kenntnissen der Humanwissenschaften und der heutigen Beziehungsforschung Rechnung. Er ist fachlich fundiert und bietet den ParlamentarierInnen eine sehr solide Verhandlungsgrundlage. Die Erläuterungen zum Gesetzesentwurf sind äußerst informativ und zeigen gut die Gesellschafts- und Rechtsentwicklung im europäischen Raum. Diese Entwicklung ist aus Sicht der heutigen Humanwissenschaften nicht nur legitim, sondern unverzichtbar, um den Lebensrealitäten von gleichgeschlechtlich empfindenden und l(i)ebenden Menschen und somit den unterschiedlichen Entwicklungsvarianten und Ausdrucksformen der einen menschlichen Sexualität und den daraus resultierenden Lebensweisen gerecht zu werden. Es ist zu hoffen, dass aus diesem Gesetzesentwurf ein Gesetz wird, das möglichst von allen politischen Parteien mitgetragen wird", kommentiert **Mag. Johannes Wahala**, Leiter von COURAGE und Vorsitzender der Österreichischen Gesellschaft für Sexualforschung (ÖGS), den Entwurf.

Zustimmung gibt es auch zur konkreten Vorgangsweise: Für **Christian Högl** entspricht der SPÖ-Entwurf "im Wesentlichen den Vorstellungen und langjährigen Forderungen der HOSI Wien (eigenes Rechtsinstitut, nordisches Modell, keine Änderungen dutzender Einzelgesetze etc.)" Für das Rechtskomitee LAMBDA bezeichnete **RA Dr. Helmut Graupner** den vorliegenden Gesetzentwurf als "großartigen kurzfristigen Zwischenschritt auf dem Weg zur vollständigen Gleichberechtigung".

Die Orientierung des SPÖ-Entwurfes an der Diskussion der Community betonen auch die Grazer **"Rosalila PantherInnen"**: "Inhaltlich entspricht der vorliegende Gesetzentwurf im wesentlichen den Forderungen der schwullesbischen BürgerInneninitiative 'Gleich viel Recht für Gleich viel Liebe'. ... Aufgrund der Erfahrungen in vielen anderen Staaten, halten wir das Ausklammern der Fremdkindadoption bzw. die Öffnung der Ehe als Option für einen gangbaren Weg - im Vertrauen darauf, dass, wie in anderen europäischen Staaten geschehen, aufgrund der Erfahrungen mit der EP diese Punkte im Auge behalten und gegebenenfalls später realisiert werden."

### **Regenbogenfamilien**

Dass der SPÖ-Entwurf auch die Stiefkindadoption (Adoption des leiblichen Kindes der/des Partnerin/Partners) berücksichtigt und aufnimmt, begrüßt die Beratungsstelle COURAGE ausdrücklich. "Zahlreiche internationale und europäische Studien und Befunde zeigen eindeutig, dass Kinder, die in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften leben, sich in intellektueller, emotionaler und sozialer Hinsicht genauso entwickeln wie Kinder in heterosexuellen Partnerschaften", so Johannes Wahala.

Der SPÖ-Entwurf sieht, entsprechend den skandinavischen Vorbildern, nicht die Adoptionsmöglichkeit "fremder Kinder" vor. Diese Frage wäre "einige Jahre nach Einführung der EP und nach der breiten Akzeptanz dieser Rechtsform durch die Bevölkerung neuerlich zu evaluieren und gegebenenfalls eine breite politische Debatte darüber durchzuführen."

Das gleiche Recht erst dann gegeben ist, wenn die Adoption ohne Einschränkung möglich ist, ist der SPÖ also durchaus bewusst. Das Rechtskomitee LAMBDA meinte dazu: "Zum Ausschluss gleichgeschlechtlicher Paare von der gemeinsamen Adoption eines Kindes (gibt es) keine sachlichen Gründe. Die Frage des (vermuteten) Ausmaßes der Akzeptanz in der Bevölkerung kann kein Kriterium für die Nichtverwirklichung des Grundrechts auf Gleichbehandlung sein."

### **Ehe- und Familienrecht**

Der SPÖ-Entwurf orientiert sich am favorisierten Modell in Europa, der "Eingetragenen Partnerschaft", welches gleichgeschlechtlichen Paaren die Rechtsfolgen (Rechte und Pflichten) des definierten Rechtsinstituts Ehe zugesteht, ohne den Begriff Ehe anzuwenden, da dieser ja auch für viele Menschen mit einem katholisches Sakrament verknüpft ist. Dass eine vollständige Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare konsequenterweise die Öffnung der Ehe bedeutet, ist der SPÖ bewusst und wurde u.a. als mittelfristiges Ziel auch beim letzten Bundesparteitag thematisiert. Und zwar ähnlich wie in den Niederlanden, Belgien oder Spanien dieser Weg eingeschlagen wurde, nachdem es teilweise jahrelange Erfahrungen mit der rechtlichen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare gegeben hatte.

Dieser Punkt ist den schwullesbischen Organisationen sehr wichtig: Die HOSI Salzburg stellt fest, dass "gleiches Recht natürlich erst dann hergestellt sein wird, wenn die Adoptionsmöglichkeit voll gegeben ist und gleichgeschlechtliche Paare nicht am Standesamt durch die andere Bezeichnung derselben Sache darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie etwas extra kriegen." Für das Rechtskomitee LAMBDA wird "eine vollständige Gleichbehandlung gleich- und verschiedengeschlechtlicher Paare nur durch die Aufhebung des Eheverbots der Gleichgeschlechtlichkeit zu erzielen sein". Auch für "**Redout**", der Parteigruppe Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen in der KPÖ, wäre - "so wichtig und richtig die Änderungen im eingebrachten Antrag auch sind" - ein Verzicht auf Eheöffnung ein "auf halben Weg stehen bleiben".

Unabhängig von der Gleichstellung aller Lebensgemeinschaften und der Einführung der eingetragenen Partnerschaft betont die SPÖ die Notwendigkeit einer "umfassenden Ehe- und Familienrechtsreform...", die nach Verabschiedung dieses Gleichstellungsgesetzes für alle hetero- und homosexuellen Paare gleichermaßen wirksam werden könnte".

Die Notwendigkeit von Reformen betont besonders die HOSI Wien und verweist mit konkreten Beispielen auf das problematische Scheidungsrecht. Und die Bereitschaft, sich dieser Diskussion zu stellen, artikulierten auch die "Rosalila PantherInnen": "Uns ist sehr wichtig, dass von Seiten der SPÖ aber auch die Notwendigkeit einer umfassenden Ehe- und Familienrechtsreform betont wird, an der wir Lesben und Schwule uns gerne beteiligen."

### **Initiative unter sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung**

"Wir sind natürlich nicht naiv! Wir sind uns der traurigen Tatsache bewusst, dass es mit dieser Regierung kein Meilenstein gesetzt werden kann, was die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare betrifft", zieht Günter Tolar Bilanz: "Aber dieser Gesetzentwurf ist jedenfalls Basis einer entsprechenden Initiative unter sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung!"

NRAbg. Ulrike Lunacek zeigte sich jedenfalls zuversichtlich, dass - rot-grün vorausgesetzt - "wir im Falle des Falles von Regierungsverhandlungen schon auf einen grünen - oder in diesem Fall einen ;- ) rot-grünen - Zweig kommen würden."

Die SPÖ hat ihre Karten jedenfalls auf den Tisch gelegt - und die SoHo forciert sowohl innerparteilich, als auch mit allen Interessierten Lesben und Schwulen die Diskussion. Im Bewusstsein, dass ein "Jahrhundertgesetz" für Österreichs Lesben und Schwule in greifbare Nähe rückt, sobald sich die ÖVP auf der Oppositionsbank befindet.

Für die Community formulierten dies treffend die "Rosalila Pantherinnen": "Wir sind bereit, diese Diskussion öffentlich zu führen - und wir freuen uns auf den Tag, an dem die Durchsetzung unserer jahrelangen Forderungen nicht mehr am Stillstand und Schweigen der konservativen Mehrheit im Nationalrat scheitert!"

6. April 2005